

## Politische Nachrichten aus Olsbrücken



Bild: Blick ins „Zwiebel-Leder“ angesichts steigender Belastungen (KI-generiert)

## Wer soll das bezahlen? Bürger werden immer stärker belastet

--- BENJAMIN DA SILVA MOREIRA

Als wären wir nicht alle schon genug gebeutelt von der Inflation der vergangenen 2 Jahre, werden wir auch durch Erhöhungen von Steuern und Abgaben zusätzlich belastet. Die Wiederanhebung der MwSt. auf Gas von 7% auf 19% sowie die Anhebung der CO<sub>2</sub>-Steuer von 30 auf 40 €/t verteuern das Heizen und im Endeffekt auch die Verbraucherpreise. Haben Sie schon Ihren neuen Wasserbescheid gelesen? Die Wassergebühren steigen spürbar, bei mir um gut 21%.

Nach dem Willen der SPD-geführten Landesregierung und der ADD sollten wir den Bürgern tief in die Taschen greifen, der Haushalt sollte kurzfristig ausgeglichen werden, durch eine Erhöhung der Grundsteuer B von 550% auf 730%. Dies konnte abgewendet werden – nicht ohne Folgen: Mit einer Haushaltssperre und dem Verlust von Fördermitteln für den Ausbau des Waldhofs ist zu rechnen, der zeitnahe Ausbau ist fraglich. Aus FWG-Sicht für die Bürger die bessere Option als die gleichzeitige Belastung durch gestiegene Wassergebühren, erhöhte Grundsteuer und wiederkehrende Beiträge für den Ausbau. 2026 sind Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, vielleicht werden dann die Karten neu gemischt zugunsten einer besseren Finanzausstattung der Kommunen. Diese kurze Zeit können wir aussitzen und bei Bedarf kleinere Fahrbahnreparaturen vornehmen, die auch in einer Haushaltssperre möglich sind.

## EILMELDUNG

### „Fehlerteufel“ verfolgt SPD

--- BENJAMIN DA SILVA MOREIRA

Die SPD-Fraktion Olsbrücken hatte im April wirklich kein Glück und wurde gleich zweimal vom „Fehlerteufel“ heimgesucht.

Bürgermeister Walter Schneck schrieb im Amtsblatt vom 11.04.2024, der Gemeinderat habe am 03.04.24 eine Erhöhung der Grundsteuer (B) von 550% auf 730% **einstimmig abgelehnt** – das ist **nicht richtig**. Die FWG hat mit Unterstützung der CDU beantragt, den Hebesatz namentlich abzustimmen, Michael Krauß (FWG) hat vorgeschlagen, diesen **unverändert bei 550%** zu belassen. Bürgermeister Walter Schneck und ein weiteres SPD-Ratsmitglied haben **dagegen gestimmt\***.

Schade – ein einstimmiges Ergebnis wäre ein klareres Signal an die Bürger und nach oben gewesen!

Diese Falschdarstellung wurde von mir am 11.04. auf Facebook moniert. 2 Stunden später wurde in der Facebookgruppe der SPD Olsbrücken eingeräumt, der „Fehlerteufel“ habe sich eingeschlichen, nicht nur im Amtsblatt, auch in der Dorfschell: Dort stand, ohne einen ausgeglichenen Haushalt durch eine Erhöhung der Grundsteuer B von 550% auf 730% würden wir die **Schuldenübernahme** vom Land **nicht** erhalten. Auch **nicht richtig**. Im Vertrag zur Teilnahme am PEK-RP<sup>2</sup>, der der Gemeinderat am 18.03. einstimmig zugestimmt hat, wird zwar auf das Gebot des Haushaltsausgleichs hingewiesen, dieser ist aber nicht Teilnahmevoraussetzung. Nur bei Falschangaben sowie Versäumnissen bei der Tilgung verbleibender Liquiditätskredite bis zum Jahr 2053 droht eine Kündigung<sup>3</sup>.

**Eine Richtigstellung durch die Orts-SPD in den Printmedien ist bisher nicht erfolgt.**

<sup>2</sup> „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in RLP“  
<sup>3</sup> § 18 LGPEK-RP



# Glasfaserausbau nähert sich Abschluss

--- BENJAMIN DA SILVA MOREIRA

Was schleppend angelaufen ist, nähert sich nun dem Abschluss. Olsbrücken wird bald flächendeckend mit schnellen Glasfaseranschlüssen versorgt sein. Damit sind sowohl Arbeitnehmer, die im Home Office arbeiten können, ortsansässige Firmen und alle Bürger für die Zukunft gerüstet.

Schon 2018, also in der letzten Legislatur, wurde im Kreis Kaiserslautern ein Ausschreibungsverfahren für den geförderten Breitbandausbau auf den Weg gebracht, zwischenzeitlich wurde der ursprünglich geplante „FTTC“-Ausbau („fibre to the curb“ – Glasfaser bis zum Verteiler) durch eine neue Bundesförderung erweitert zu „FTTB“ (fibre to the building), d.h. Glasfaserverlegung bis ins Haus. Hierzu mussten sich die Ortsgemeinden mit der Verbandsgemeinde und dem Kreis zu einem „Kreis-Cluster“ zusammenschließen. Der alte Rat hatte 2018 der Übertragung des Breitbandausbaus auf die VG zugestimmt, dies aber noch nicht beschlossen, der neue Rat hat dies im Mai 2020 nachgeholt. Mit 90% Förderung und einem Eigenanteil der Gemeinde von gut 15.000 € konnte 35 unterversorgten Haushalten ein kostenfreier und allen anderen Anliegern entlang der Trasse ein bezahlbarer Glasfaseranschluss ermöglicht werden.

Damals nicht absehbar war der 2023 gestartete eigenwirtschaftliche Glasfaserausbau der Telekom, der den schleppenden Förderausbau in kürzester Zeit eingeholt hat und nun auch kurz vor dem Abschluss steht. Hätte man sich die 15.000 € also sparen können, hätte man eine Glaskugel gehabt? Schwer zu sagen. Ob die Telekom genauso schnell Glasfaser ausgebaut hätte ohne Konkurrenz mit schnelleren Anschlüssen, werden wir vermutlich nie erfahren. Auf jeden Fall ist es gut, dass wir nun die Wahl haben und nach der initialen Vertragslaufzeit auch Verträge mit alternativen Anbietern an den Telekomanschlüssen möglich sind.

# Entschuldungsprogramm PEK-RP

## Nicht so partnerschaftliche Methoden bei der „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in RLP“

--- BENJAMIN DA SILVA MOREIRA

Nach jahrzehntelanger Unterfinanzierung durch das Land - der Verfassungsgerichtshof Koblenz stufte den Landesfinanzausgleich 2020 als verfassungswidrig ein - müsste die kommunale Entschuldung ohne Bedingungen erfolgen, sollte man meinen - weit gefehlt. Gefühlt kursieren ständig neue Rundschreiben der ADD, die die vollmundigen Versprechungen aus dem letzten Rundschreiben wieder über den Haufen schmeißen. Wurde kürzlich noch der Eindruck erweckt, eine langfristig positive Finanzplanung ermögliche auch ohne drastische Grundsteuererhöhungen einen genehmigungsfähigen Haushalt, so waren die Töne zuletzt rauer, erst bei einer „Erdrosselungswirkung“ gegenüber den Bürgern könne eine Grundsteuererhöhung gedeckelt werden, diese werde auch bei Hebesätzen von 995% noch nicht erreicht. Und völlig ohne Not wurde angedroht, Ratsmitglieder, die gegen die Teilnahme an der Entschuldung stimmten, würden namentlich aufgeschrieben. Nicht nur, dass niemand bei gesundem Menschenverstand auf die Idee käme, nicht an der Entschuldung teilzunehmen, war diese Drohung auch im Widerspruch zu unserer Geschäftsordnung - nur der Rat kann eine namentliche Abstimmung beschließen. Ein „interessanter“ Vorgang, der der Bürgermeistersitzung in der VG entstammt und vermutlich von weiter oben kommt.

## 10 Haushalte in 5 Jahren geprüft Aus dem Rechnungsprüfungsausschuss

--- BENJAMIN DA SILVA MOREIRA

Als ich 2019 als frischgewähltes Ratsmitglied und Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses mit diesem die erste Rechnungsprüfung hatte, haben wir die Haushalte 2010 und 2011 der Ortsgemeinde geprüft.

Sowohl die oft gescholtene Verbandsgemeinde-Verwaltung als auch alle Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses waren die letzten 5 Jahre wirklich fleißig und haben diesen Rückstand deutlich verkleinert, Ende 2023 haben wir die Haushalte der Jahre 2019 und 2020 geprüft, hängen also nur noch 3 Jahre, nicht mehr 8 hinterher. Durften wir in den ersten Jahren noch unzählige Ordner wälzen, so konnten wir später die Belegprüfung digital vornehmen.

Mein besonderer Dank und ein großes Lob gelten Tamara Mayer-Schmidt aus der Finanzabteilung der VG, die in dieser Zeit die Rechnungsprüfungen immer hervorragend vorbereitet und professionell begleitet hat.

Auch Sören Rott, Leiter der Finanzabteilung, stand immer mit Rat und Tat zur Seite.

### Impressum:

Zeitung der FWG-Fraktion Olsbrücken,  
FWG Olsbrücken-Frankelbach e.V.

**Vorsitzender:** Joachim Scheid, Wörsbacher Str. 15,  
67737 Olsbrücken

**Redaktion:** Benjamin da Silva Moreira